

Antrag:

Die städtischen Wohnungsbaugesellschaft wird aufgefordert in regelmäßigen Abständen Mieter*innenversammlungen in ihren Wohnanlagen durchzuführen. Konkret in der Wohnanlage Baumgartnerstr./Ganghoferstr./Kraelerstr./Pfeufferstr.

Begründung:

Es wurden in der Vergangenheit hier mehrere Anträge (u.a. in 2022), gestellt, dass die die städtischen Wohnungsbaugesellschaft Münchner Wohnen (vormals u.a. GWG), Mieter*innenversammlungen durchführt.

Ich zitiere aus der Stellungnahme der Verwaltung von 2022:

„1. Von der Sachbehandlung - laufende Angelegenheit (§ 22 GeschO) - wird Kenntnis genommen, wonach bei der GWG München grundsätzlich eine ausreichende Mitbestimmung und Information der Mieter*innen etabliert ist.

2. Die Empfehlung Nr. 20-26 / E 00998 der Bürgerversammlung des Stadtbezirk 06 – Sendling am 25.10.2022 ist damit gemäß Art. 18 Abs. 4 der Gemeindeordnung behandelt.“

Das ist nichts anderes wie eine Beerdigung erster Klasse und hilft uns als Mieter*innen nicht weiter.

Die letzte stattgefundene Mieter*innenversammlung der GWG war vor etwa 20 Jahren. Auch wenn die Diskussionen nicht einfach waren, Demokratie ist nun mal nicht einfach, war die damalige Versammlung ein Erfolg, zum Einen weil sie Verständnis für die unterschiedlichen Positionen gebracht hat, aber auch weil für konkrete Themen praxisnahe gute Lösungen gefunden wurden.

Aus eigenem Erleben muss ich leider feststellen, wenn man sich als einzelner Mieter an die Münchner Wohnen / damals GWG wendet, dass man z.T. sehr massiv werden muss um Gehör zu finden.

So musste ich mich vor Jahren nach mehreren vergeblichen Mails und Anrufen an die damalige Aufsichtsratsvorsitzende [REDACTED] wenden, damit meine Anliegen z.B. nach mehr Fahrradabstellmöglichkeiten überhaupt behandelt wurden.

Seit etwa eineinhalb Jahre warte ich auf eine Antwort bezüglich Errichtung von Ladestationen für e-bikes, bzw. E-Autos.

Und wenn man dann seinem Ärger über die Nichtbeantwortung von Mails oder Terminanfragen Ausdruck verleiht, wird einem gedroht das Gespräch abubrechen. Wertschätzenden Umgang stelle ich mir bei einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft anders vor.

Alles in allem eine unbefriedigende Situation, die durch Mieter*innenversammlungen entschärft werden könnte.

Ich bitte deshalb um Zustimmung zu diesem erneuten Antrag auf Durchführung von Mieter*innenversammlungen.

